

# Brandenburg

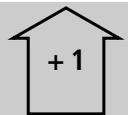
Kurzportrait			
Größe:	29 476 km <sup>2</sup>		
Landesregierung:	1990–1994: SPD/FDP/Bündnis 90 · 1994–1999: SPD · 1999–2004: SPD/CDU · 2004–2009: SPD/CDU		
	1998	2001	2004
Einwohner:	2,573 Mio.	2,602 Mio.	2,575 Mio.
Einwohnerdichte:	87 je km <sup>2</sup>	88 je km <sup>2</sup>	87 je km <sup>2</sup>
Registrierte Arbeitslosigkeit:	18,8 Prozent	18,8 Prozent	20,4 Prozent
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit:	25,5 Prozent	22,9 Prozent	22,4 Prozent
BIP-pro-Kopf:	15 700 Euro	16 800 Euro	17 500 Euro
Wirtschaftswachstum:	1,5 Prozent	(–) 0,6 Prozent	0,9 Prozent

## Platzierung im Ranking 2005

**Erfolgsindex: Platz 14**



**Aktivitätsindex: Platz 12**



## Die Ergebnisse im Überblick

- Im Bundesländervergleich kann Brandenburg sich auf niedrigem Niveau stabilisieren und um einen Rang verbessern. Der Punktwert im Erfolgsindex steigt zwar gegen den Bundestrend leicht an, dennoch wird der Rückstand zu den mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt größer.
- Nach wie vor ist die Performance Brandenburgs schwach: Das Land ist zwar nicht mehr alleiniges Wachstumschlusslicht, dennoch fällt Brandenburg beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hinter die mitteldeutschen Länder zurück. Arbeitslosen- und Erwerbstätigenquote entwickeln sich ungünstig. Hoffen lässt, dass sich zum Ende des Zeitraumes 2002–2004 ein leichter Aufwärtstrend bemerkbar macht, der sich 2005 fortzusetzen scheint.
- Anerkennenswert ist die Offenheit, mit der die Landesregierung Fehler der Vergangenheit und Missstände benennt. Die Entschlossenheit zu unbequemen Reformen ist beachtlich. Der nun eingeschlagene Kurs weist in die richtige Richtung und sollte konsequent verfolgt werden.
- Statt der bisherigen Gießkannenförderung sollte sich die Landesregierung wie angekündigt darauf konzentrieren, bestehende Stärken und funktionierende Standorte auszubauen. Der Mittelstand als Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft verdient besondere Aufmerksamkeit. Es gilt, alle Rahmenbedingungen daraufhin zu überprüfen, ob sie wirtschaftliche Aktivität möglichst frei zur Entfaltung kommen lassen. Konsequenz sollte das Ziel weiterverfolgt werden, Bildung, Wissenschaft und wirtschaftliche Infrastruktur zu stärken. Die Landesregierung sollte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und wirtschaftlich weniger interventionistisch als in der Vergangenheit agieren. Tiefe Einschnitte bei Personalausgaben und Sozialausgaben sind unumgänglich, will Brandenburg nicht weiter auf eine Haushaltsnotlage zusteuern.

## Die Ergebnisse im Einzelnen

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2002–2004	Veränderung
<b>Erfolgs- index</b>	Platz 15 (2,44)	<b>Platz 14</b> <b>(2,46)</b>	
Zielgrößenbereiche			
Einkommen	Platz 16 (1,65)	<b>Platz 16</b> <b>(1,95)</b>	
Beschäftigung	Platz 14 (1,80)	<b>Platz 14</b> <b>(1,59)</b>	
Sicherheit	Platz 6 (8,20)	<b>Platz 6</b> <b>(7,94)</b>	

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2001–2003	Veränderung
<b>Aktivitäts- index</b>	Platz 13 (4,48)	<b>Platz 12</b> <b>(4,41)</b>	
Aktivitätsbereiche			
Einkommen	Platz 14 (3,87)	<b>Platz 13</b> <b>(3,78)</b>	
Beschäftigung	Platz 13 (4,84)	<b>Platz 11</b> <b>(4,74)</b>	
Sicherheit	Platz 8 (5,52)	<b>Platz 8</b> <b>(5,55)</b>	

## Ausgangssituation

Cargolifter, Lausitzring und der geplatzte Traum von der Chipfabrik in Frankfurt/Oder – Fluch oder Segen für Brandenburg? Die gescheiterten Großprojekte brachten dem Land ein Verlierer-Image ein. Insgesamt setzte die Landesregierung hierfür über eine Viertelmilliarde Euro in den märkischen Sand. Andererseits relativiert die Gesamtverschuldung von über 18 Milliarden Euro den entstandenen Schaden. Die drei spektakulären Misserfolge markieren ein weithin sichtbares Fanal, dass der »Brandenburger Weg«, der durch staatliche Eingriffe geprägt war, in die Sackgasse führt. Cargolifter, Lausitzring und Chipfabrik als konkrete Projekte zeigen wohl anschaulicher als abstrakte Größen wie die gravierende Wachstumsschwäche, dass ein Richtungswechsel erforderlich ist.

In diesem Punkt liegt die große, die zweite Chance für das Land. Es scheint, als habe ein Umdenken in der Landesregierung stattgefunden: Bemerkenswert ist die Offenheit, mit der Ministerpräsident Platzeck Missstände benennt und mit der Vergangenheit abrechnet. Der Verweis auf die gescheiterten Großprojekte mag es erleichtern, schmerzhaft Einschnitte innerparteilich und gegenüber der Bevölkerung zu vertreten. Die im September 2004 bestätigte SPD/CDU-Koalition hat nun eine Legislaturperiode Zeit, erste Früchte zunächst sicherlich unpopulärer Entscheidungen zu ernten. »Wir müssen besser werden«, überschreibt der Ministerpräsident eine Regierungserklärung. Wo und wie, damit befasst sich nachfolgend dieser Länderbericht.

Im Erfolgsindex für den aktuellen Zeitraum 2002–2004 kann sich Brandenburg gegen den Bundestrend minimal verbessern und schiebt sich mit nun 2,46 Punkten vom 15. auf den 14. Platz. Nach dem Einbruch, der in den Jahren 1999–2001 zu konstatieren war, konnte sich das Land nun also auf sehr niedrigem Niveau stabilisieren. Während Sachsen-Anhalt als der Gewin-

Cargolifter, Lausitzring  
und Chipfabrik –  
Fluch oder Segen?

Abrechnung mit  
der Vergangenheit

Stabilisierung auf  
niedrigem Niveau

ner der letzten Jahre an Brandenburg vorbeiziehen konnte, fielen Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hinter die Märker auf die letzten Plätze zurück. Im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen kann Brandenburg seinen Punktwert jedoch nicht deutlich steigern.

Mitteldeutsches  
Ländertrio setzt sich ab

Das Land hat damit Anteil daran, dass die Kluft zwischen dem mitteldeutschen Trio einerseits und Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Nordosten andererseits größer wird. Im Aktivitätsindex, Indikator für die politischen Bemühungen, konnte sich Brandenburg mit nun 4,41 Punkten um einen auf den 12. Rang verbessern.

### Einkommen

Geringes BIP pro Kopf

Im Zielgrößenbereich »Einkommen« verbessert sich Brandenburg dank eines passablen Jahres 2004 gegen den Bundestrend leicht auf 1,95 Punkte und kann damit fast den letzten Platz an Mecklenburg-Vorpommern abgeben, das deutlich verliert. Mit einem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 17 400 Euro im aktuellen Beobachtungszeitraum muss Brandenburg nach Sachsen im vorigen Beobachtungszeitraum nun auch Thüringen und Sachsen-Anhalt an sich vorbeiziehen lassen.

Wachstumseinbruch  
gestoppt

Bei der Zielgröße »Wirtschaftswachstum« liegen Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern einträchtig am Schluss. Nur bei ihnen schrumpft die Wirtschaft. Immerhin ist Brandenburg (anders als nach dem Wachstumseinbruch im vorherigen Beobachtungszeitraum) nicht mehr das alleinige Schlusslicht. Sachsen als Wachstums-Spitzenreiter zeigt, dass es auch im Osten anders geht. Im Aktivitätsbereich »Einkommen« kann sich Brandenburg mit nun 3,78 Punkten um einen auf den 13. Platz verbessern.

Speckgürtel und  
strukturschwache  
Peripherie

Die wirtschaftliche Lage in Brandenburg ist weiterhin zweigeteilt: Während der Speckgürtel um Berlin vor allem südlich und westlich der Hauptstadt blüht und gedeiht, drohen die weiter von der Metropole entfernten Gebiete den Anschluss zu verlieren. Besonders kritisch ist die Situation in der Uckermark im Nordosten und im Südosten in der Lausitz um Cottbus. Weil das Ruhrgebiet jenseits des eisernen Vorhangs lag, hatte Brandenburg sich zur Schwerindustrie-Region der DDR zu entwickeln. Die Vereinsnamen »Stahl Eisenhüttenstadt« und »Stahl Brandenburg« verweisen auf die einst dominierende Montanindustrie. Ihren Zerfall haben weite Landesteile noch nicht überwunden. Nur allmählich tritt an die Stelle der alten Strukturen eine neue industrielle Basis. Positiv sind insbesondere die Entwicklungsperspektiven der Biotechnologie, des Fahrzeugbaus und der chemischen Industrie einzuschätzen. Die Medien- und Kommunikationswirtschaft hat in Potsdam-Babelsberg einige Bedeutung erlangt. Verbesserungspotenzial bietet die Tourismus-Branche (nur 2,32 Punkte beim Wirkungsfaktor »Fremdenverkehrsquote«).

Der Mittelstand entwickelt sich weiter zu Brandenburgs wirtschaftlichem Rückgrat. Die Selbstständigenquote ohne primären Sektor legt noch einmal deutlich zu und ist 2003 nach Berlin die bundesweit zweithöchste (6,83 Punkte). Dies ist beachtlich, mussten sich doch nach der Wende mittelständische Strukturen erst herausbilden und stehen prestigeträchtige Großansiedlungen stärker im Fokus der Öffentlichkeit. Die Landesregierung tut gut daran, den kleinen und mittleren Unternehmen verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Denn trotz der hohen Bedeutung für Brandenburg ist die Situation vieler Mittelständler prekär, die dünne Eigenkapitaldecke oftmals existenzbedrohend.

Mittelstand als wirtschaftliches Rückgrat ...

Laut Mittelstandsbarometer von Ernst & Young werden nur in Schleswig-Holstein die Rahmenbedingungen für Unternehmen noch schlechter eingestuft. Daneben zeigt ein Test der Zeitschrift »Capital«, dass Bearbeitungszeiten und Service der Finanzämter in Brandenburg ausgesprochen negativ beurteilt werden. Zudem stellt der Mittelstand laut Ernst & Young der Infrastruktur des Landes (3,05 Punkte für den Wirkungsfaktor »Verkehrsinfrastruktur«; 1,77 Punkte für die per Luftverkehr beförderten Personen) ein so schlechtes Zeugnis aus wie sonst nur noch Berlin.

... benötigt bessere Rahmenbedingungen

Gravierende Defizite bestehen weiterhin in der außenwirtschaftlichen Einbindung (nur noch 1,18 Punkte für den zweitniedrigsten Welthandelsanteil).

Defizite bei außenwirtschaftlicher Einbindung, ...

Ungenügend ist außerdem die technologische Leistungsfähigkeit: Kein Land gibt auch nur annähernd so wenig für Forschung und Entwicklung sowie für Hochschulen aus (je 1,00 Punkte). Die Ausstrahlungswirkung Berlins kann diese Defizite nur teilweise kompensieren. Mit dem insgesamt geringen Forschungsinput geht ein schwacher Forschungsoutput einher (nur noch 1,61 Punkte für die Patentanmeldungen insgesamt und 2,27 Punkte für die Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich). Eine Ausnahme bildet die zunehmend innovationsstarke Region Havelland – Fläming.

... technologischer Leistungsfähigkeit ...

Die Investitionsquote der Industrie ist deutlich unterdurchschnittlich. Die Angleichung des Kapitalstocks an das westdeutsche Niveau vollzieht sich dadurch langsamer als in den mitteldeutschen Ländern.

... und Investitionstätigkeit

Entgegen der erklärten Absicht der Koalition sieht der Doppelhaushalt für 2005 und 2006 nun doch Einsparungen bei Wissenschaft, Bildung, Technologieförderung und wirtschaftlicher Infrastruktur vor. Angesichts der bestehenden gravierenden Defizite sollten diese Bereiche durch Haushaltsumschichtungen und zusätzliche Kürzungen bei konsumtiven Ausgaben tatsächlich gestärkt werden. Die von der Landesregierung gewährten Hilfen zur Liquiditätssicherung, Erschließung neuer Märkte, Technologieförderung, Investitionsförderung und Netzwerkbildung setzen immerhin an einigen der bestehenden Schwächen an.

Die anvisierte Fokussierung auf den Mittelstand ist richtig und sollte konsequent umgesetzt werden. Vor allem bei Mittelständlern rechtfertigen Män-

Mittelstand stärker unterstützen

gel des Marktes wie Kreditrationierung und Informationsdefizite punktuelle Hilfestellungen der öffentlichen Hand. Investitionshemmnisse und bürokratische Hürden werden in Brandenburg vielfach als besonders hoch empfunden. Ihnen hat Ministerpräsident Platzeck zu Recht den Kampf angesagt. Vor allem kleine und mittelständische Betriebe profitieren von einer Entbürokratisierung.

Nach Erfolgsaussichten fördern

Zu begrüßen ist auch, dass sich die Landesregierung darauf konzentrieren will, bestehende Stärken und funktionierende Standorte auszubauen. Gerade im Berliner Umland bestehen Entwicklungsperspektiven, wenn mit dem Pfund der Zugehörigkeit zur Metropolregion stärker gewuchert wird. Tatsächlich wäre es wenig aussichtsreich, unter dem Banner gleicher Lebensverhältnisse dort, wo an keine funktionierenden Strukturen angeknüpft werden kann, durch massives staatliches Intervenieren sich selbst tragende wirtschaftliche Kristallisationspunkte aus dem Boden stampfen zu wollen. Die drei gescheiterten Großprojekte mögen ebenso als mahnendes Beispiel dienen wie die teuren Irrtümer der Landesentwicklungsanstalt LEG. Es ist ein ordnungspolitischer Sündenfall, wenn der Staat – in diesem Fall über die LEG – selbst am Markt agiert, um Gewinne erwirtschaften und diese dann in Landesprojekte stecken zu wollen. »Der Staat ist kein Ersatzunternehmer und Generalbürge für Investitionsrisiken«, und: »Entwicklungsanstrengungen gegen den Trend sind letztlich aussichtslos«. Nach diesen Maximen des Ministerpräsidenten sollte Politik betrieben werden.

### Beschäftigung

Schwächste Entwicklung am Arbeitsmarkt

Im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« liegt Brandenburg mit nun 1,59 Punkten weiterhin auf dem 14. Platz. Erste Zielgröße im Bereich »Beschäftigung« ist die Arbeitslosigkeit. Mit einer Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) von durchschnittlich 22,8 Prozent im Beobachtungszeitraum 2002–2004 fällt Brandenburg hinter Sachsen auf den 14. Platz zurück. In keinem der anderen neuen Bundesländer entwickelte sich die Arbeitslosigkeit im Beobachtungszeitraum so ungünstig wie in Brandenburg. Zudem ist die Erwerbstätigenquote die mit Abstand niedrigste aller Länder. Obendrein ging im Beobachtungszeitraum in keinem anderen Bundesland die Erwerbstätigkeit so deutlich zurück wie hier. Der Abstand zum vorletzten, zu Sachsen-Anhalt, verdoppelte sich verglichen zum vorigen Beobachtungszeitraum. Immerhin zeigt sich das Land angesichts des Problemendrucks im Aktivitätsbereich »Beschäftigung« bemüht: Brandenburg belegt hier mit 4,74 Punkten weiterhin den 11. Rang. Immerhin entwickeln sich die Arbeitslosenzahlen vergleichsweise günstig: Brandenburg ist das einzige der 16 Bundesländer, in dem die offen ausgewiesene Arbeitslosenquote im April 2005 trotz der Hartz IV-Reformen nicht das Niveau des Vorjahresmonats überstieg.

Die Schwächen der Wirtschaftsstruktur beeinträchtigen auch die Beschäftigungsmöglichkeiten: Beim Wirkungsfaktor »Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor« fällt Brandenburg weiter hinter den Bundesdurchschnitt zurück (noch 4,39 Punkte), und Innovationsschwäche sowie geringe Exporte machen sich auch im Bereich »Beschäftigung« negativ bemerkbar. Immerhin ging zuletzt die Insolvenzhäufigkeit deutlich zurück. Im Jahr 2003 lagen die Insolvenzzahlen nur noch knapp über dem Bundesdurchschnitt (deutliche Verbesserung auf nun 5,11 Punkte).

Zu Recht sieht die Regierungskoalition in zügigen Gerichtsverfahren einen Standortvorteil. Neben einer geringen Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit (weitere Verbesserung auf 9,39 Punkte) sorgen geringe Ausgaben für Sozialhilfe (fast unverändert 9,22 Punkte) für einen vergleichsweise funktionstüchtigen Arbeitsmarktrahmen, in dem das freie Zusammenspiel von Arbeitsangebot und -nachfrage möglichst wenig beeinträchtigt wird: Wären die Sozialhilfefzahlungen hoch, so steigerte dies den Anspruchslohn, den Sozialhilfeempfänger für ein Beschäftigungsverhältnis erwarten. Lange Verfahrensdauern der Arbeitsgerichtsbarkeit unterminieren die Rechtssicherheit auf dem Arbeitsmarkt und bedeuten einen zusätzlichen impliziten Kündigungsschutz. Beides führt dazu, dass Unternehmen stärker zögern, neue Arbeitskräfte einzustellen.

Arbeitsmarkt vergleichsweise funktionsfähig

Die Ausbildungsstellenrelation hingegen ist nur in Berlin noch schlechter als in Brandenburg (1,60 Punkte). Dies erscheint vor dem Hintergrund problematisch, dass sich in Brandenburg erfreulicherweise ein wachsender Bedarf an Fachkräften abzeichnet. Vor allem mittelständische Industriebetriebe wollen in den kommenden Jahren ihr Fachpersonal aufstocken. Gerade diese Betriebe sind es jedoch, denen es schwerfällt, auszubilden. Hier ist das Land gefragt, kreative Lösungen zu finden: Einerseits sollten Auszubildende gezielt dem Bedarfsprofil entsprechend ausgebildet werden, und die Ausbildung sollte möglichst nahe am regulären Arbeitsmarkt stattfinden. Andererseits fehlen Mittelständlern für klassische Ausbildungsverträge häufig die organisatorischen Voraussetzungen und finanziellen Mittel. Gelingt es der Landesregierung, beides unter einen Hut zu bringen, so eröffnet dies Beschäftigungsperspektiven und der Wirtschaft Wachstumsmöglichkeiten.

Schlechte Ausbildungsstellenrelation

Dabei schränkt die dramatische Haushaltslage den Handlungsspielraum der Landesregierung ein. Brandenburg schickt sich an, Sachsen-Anhalt als das am stärksten verschuldete ostdeutsche Bundesland abzulösen. Die Landesregierung plant, die Neuverschuldung – ausgehend von knapp einer Milliarde Euro im Jahr 2005 – um jährlich 175 Mio. Euro zu verringern. Ab dem Jahr 2010 sollen dann keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Demnach kommen zu der bereits bestehenden Verschuldung von 18 Mrd. Euro bis 2010 noch einmal 3,8 Mrd. Euro hinzu. Darüber hinaus fürchtet der Landesrechnungshof, dass Milliarden-Kredite für den sozialen Wohnungsbau faul sind. Die im »Wohnungsbausondervermögen« versteckte Schuldenbe-

Der hohe Schuldenstand ...

lastung dürfte demzufolge bei rund fünf Mrd. Euro liegen. Insgesamt läge der Schuldenstand im Jahr 2010 dann bei rund 27 Mrd. Euro.

... führt über die  
erdrückende Zinslast ...

Außerdem dürfte das Zinsniveau zukünftig generell eher höher liegen als momentan, und Brandenburg muss befürchten, dass Kreditgeber angesichts der horrenden Verschuldung einen Risikoaufschlag verlangen. Legt man eine Verzinsung von gut sieben Prozent zugrunde, so wären jährlich ca. zwei Mrd. Euro an Zinsen zu zahlen. Brandenburgs Finanzminister rechnet für das Jahr 2020 mit einem Etat in Höhe von 7,5 Mrd. Euro statt gegenwärtig knapp zehn Mrd. Euro. Trifft dieses Szenario ein und würden zwischen 2010 und 2020 tatsächlich keine weiteren Kredite aufgenommen, so verschlängen die Zinszahlungen im Jahr 2020 gleichwohl über ein Viertel des Haushaltes. Im aktuellen Beobachtungszeitraum liegt die Zinslastquote noch bei etwa 7,5 Prozent (5,45 Punkte). Überdies werden zukünftig die Pensionsausgaben für ehemalige Landesbedienstete ansteigen, sodass das Land über noch weniger finanzielle Mittel frei verfügen kann.

... in die  
Haushaltsnotlage, ...

Das Land steuert also auf eine Haushaltsnotlage zu. Auf Entschuldungshilfen in einer solchen Situation zu hoffen, wäre höchst gefährlich: Neben Brandenburg könnten sich dann weitere Bundesländer in einer Haushaltskrise befinden, beispielsweise alle ostdeutschen Bundesländer außer Sachsen, außerdem Schleswig-Holstein, Bremen und das Saarland. Da sich auch die Haushaltsnöte des Bundes weiter verschärfen dürften, ist kaum daran zu denken, dass einem oder gar vielen Bundesländern so geholfen wird, wie in der Vergangenheit Bremen und dem Saarland.

... wenn Konsolidierungs-  
bemühungen forciert  
werden

»(...) Um die junge Generation nicht über Gebühr zu belasten, muss auch der Staat selbst durch Kostenbewusstsein, Effizienz und Sparsamkeit überzeugen (...). Wir tun dies, weil wir Luft brauchen für unsere Kernaufgaben.« So formuliert der Ministerpräsident, und so ist es. Allerdings sind hierfür weit drastischere Sparmaßnahmen erforderlich als bisher anvisiert. Noch 2003 war die Netto-Kreditaufnahme bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt nach Mecklenburg-Vorpommern die zweithöchste aller Flächenländer. Dabei verfügt die Landesregierung gegenwärtig noch über viel mehr haushaltspolitischen Spielraum, als dies für die Zukunft zu erwarten ist. Möglichst bald sollte ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden, und um das Jahr 2010 sollten Kredite zurückgezahlt werden. So könnte eine krisenhafte Zuspitzung der Haushaltslage in den folgenden Jahren vermieden werden.

Investitionen statt  
Konsum

Wie von der Landesregierung sowieso vorgesehen, sollte der investive Bereich dabei geschont werden. Die Kürzungen im konsumtiven Bereich, bei den Personalausgaben, bei den Sozialausgaben, müssten dafür umso drastischer ausfallen. »Sozialverträglich« wäre diese Politik in dem Sinne, dass die zukünftigen Generationen tatsächlich nicht über Gebühr belastet würden.

Investoren werden ein Land als Standort vorziehen, das nicht wegen galoppierender Staatsverschuldung seinen Handlungsspielraum zu verlieren droht. Wenn die Landesregierung rasch durch eine entschlossene Finanzpoli-

tik ein solches Signal an potenzielle Investoren aussendet, so werden die positiven Auswirkungen zur nächsten Landtagswahl, voraussichtlich 2009, spürbar sein. Dass Brandenburgs Regierung vor weiteren Fusionsüberlegungen zunächst die finanzielle Lage der Hauptstadt abgeklärt wissen will, ist nachvollziehbar, trotz aller Vorteile, die ein Bundesland Berlin-Brandenburg mit sich brächte.

## Sicherheit

Im Zielgrößenbereich »Sicherheit« belegt Brandenburg mit überdurchschnittlichen 7,94 Punkten weiterhin den 6. Platz. Der Anteil der Sozialhilfempfangener ist mit durchschnittlich 2,9 Prozent auch im aktuellen Beobachtungszeitraum etwas niedriger als im Durchschnitt aller Länder. Auf 100 Einwohner kommen durchschnittlich 4,1 nicht aufgeklärte Straftaten, etwas mehr als im Bundesdurchschnitt. Erfreulich ist, dass die Aufklärungsquote weiter anstieg. Daher kann auch die Lage der inneren Sicherheit als relativ stabil eingestuft werden. Im Aktivitätsbereich »Sicherheit« liegt Brandenburg mit 5,55 Punkten auf dem 8. Platz.

Sicherheitslage  
relativ stabil

Die Schulpolitik ist maßgeblich dafür, über welche Lebensperspektiven und legalen Beschäftigungsmöglichkeiten junge Menschen verfügen. Auch in diesem Politikfeld ist bemerkenswert, dass die Landesregierung sich nicht scheut, die eigenen Schwächen offenzulegen und anzugehen. So gehörte Brandenburg zu den sieben Bundesländern, für die Ergebnisse der Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) ermittelt wurden. Brandenburg stellt sich damit dem Vergleich mit Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg. Dies, obgleich nach der PISA-Studie absehbar war, dass sich Brandenburg am Ende der Länder befinden würde. Und in der Tat befinden sich Brandenburg und Bremen auf den Schlussrängen.

Schule stellt sich  
Leistungsvergleichen ...

Begrüßenswert ist, dass zum Ende der 2. Klasse zentrale Tests im Lesen, Schreiben und Rechnen durchgeführt werden, um sich ein Bild von der Leistungsfähigkeit von Schulen, Lehrern und Schülern machen zu können. Der bewusst verfolgte Wettbewerbsgedanke äußert sich auch darin, dass in Berlin und Bayern diese Tests gleichzeitig durchgeführt werden.

Die Lehren aus PISA finden weiterhin dadurch Anwendung, dass der Bildungsauftrag an Kindertagesstätten verstärkt und Englisch ab der 3. Klasse unterrichtet wird. Im »Netzwerk Zukunft« kooperiert knapp die Hälfte aller weiterführenden Schulen mit der Wirtschaft. Ein solcher Austausch erscheint wünschenswert, um die Diskrepanz zwischen schlechten Beschäftigungsaussichten einerseits und sich abzeichnendem Fachkräftemangel andererseits zu reduzieren. Die rapide sinkenden Schülerzahlen stellen eine besondere Herausforderung dar, wenn es darum geht, trotz Schulschließungen eine gute Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

... und bemüht sich  
um bedarfsgerechte  
Ausbildung

### Wenig Geburten

Die niedrige Geburtenrate Brandenburgs rückt die sozialen Strukturen des Landes ins Zwielficht. 2001 war die Geburtenrate mit 1,18 die niedrigste aller Bundesländer. Dieser Wert steht in auffälligem Gegensatz dazu, dass sich laut der Umfrage »Perspektive Deutschland« Brandenburger durchschnittlich 1,92 Kinder wünschen, so viele wie sonst nur noch die Saarländer. An Kinderbetreuungseinrichtungen mangelt es in Brandenburg nicht. Eher an materiellen Voraussetzungen und Beschäftigungsperspektiven potenzieller Eltern. Es bleibt dabei: Einkommen und Beschäftigung sind in Brandenburg die Schlüsselbereiche.

### Einschätzung

#### Auf Kernaufgaben beschränken

»Wir haben die Erneuerung auf den Gebieten der Landespolitik in der Vergangenheit teils zu spät, zu zögerlich und nicht immer mit der erforderlichen Entschlossenheit betrieben. Das wird sich ändern«, so Ministerpräsident Platzek in seiner Regierungserklärung nach der Landtagswahl im Herbst 2004. Erneuert werden muss die Rolle des Staates. Die Landesregierung sollte sich auf ihre Kernaufgaben beschränken und weniger interventionistisch vorgehen. Das Land muss für Investoren attraktiver werden. Alle Rahmenbedingungen sollten daraufhin überprüft werden, dass wirtschaftliche Aktivitäten sich möglichst frei entfalten lassen. Konsequenter sollte das Ziel weiterverfolgt werden, Bildung, Wissenschaft und wirtschaftliche Infrastruktur zu stärken. Tiefe Einschnitte bei Personalausgaben und Sozialausgaben sind unumgänglich, will Brandenburg nicht weiter auf eine Haushaltsnotlage zusteuern.

#### Mut zu unpopulären Entscheidungen

Bedeutende Widerstände gilt es zu überwinden, soll ein solcher »entschlüssener Aufbruch« erfolgen. Einer großen Koalition fallen unpopuläre Entscheidungen möglicherweise leichter. Die Furcht, der unmittelbare politische Konkurrent könnte davon profitieren, erscheint weniger begründet, und auch in Brandenburg sind politische Mehrheiten jenseits von SPD und CDU nur schwer vorstellbar. Außerdem gilt das Wort des Ministerpräsidenten: »Den Respekt und das Vertrauen der (...) Bürger gewinnen nur politische Entscheidungsträger, die den Mut aufbringen, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen (...) und mit dem Gesicht zu den Menschen zu begründen.« Insbesondere Platzek verfügt in Brandenburg über die Glaubwürdigkeit, dies erfolgreich zu tun, er steht besonders in der Pflicht. »Jedes weitere Zuwarten wäre ein Vergehen an den Lebenschancen unserer Kinder und Kindeskinde. Wir müssen alle besser werden!« Und Brandenburg kann besser werden. Die Einsicht, dass rasch und entschlossen gehandelt werden muss, ist immerhin vorhanden. Wenn die gescheiterten Großprojekte zu dieser Einsicht in Regierung, Regierungsparteien und Bevölkerung beigetragen haben, so lautet das Fazit: Cargolifter, Lausitzring und Chipfabrik – Segen für Brandenburg!

